

»Bäume oder Beton?« – Zur Bedeutung des Bildhaften im strategischen Framing lokalen Protests am Beispiel einer Kleingartenkolonie

Grischa Bertram

Am Beispiel eines Wahlplakats für einen Bürgerentscheid über Erhalt oder Bebauung einer Berliner Kleingartenanlage, das auch als »Sharepic«, Bildbeitrag und Kopfgrafik sowie Banner und Flyer genutzt wurde, wird in diesem Beitrag die Bedeutung solcher Bilder innerhalb des strategischen Framings im Protesthandeln lokaler Bürger*inneninitiativen diskutiert. Das Bild ist dabei Teil einer qualitativen Einzelfallstudie, die im Rahmen einer planungswissenschaftlichen Dissertation analysiert wurde. Als zentrale Analyseperspektive dient jedoch der Framing-Ansatz der sozialwissenschaftlichen Protestforschung, der jedoch auch als eine Form der Produktion und Konstruktion alternativer Problemlösungsansätze verstanden wird. Die Fallstudie zeigt einen komplexen Planungs- und Protestprozess, der im bildhaften strategischen Framing stark vereinfacht dargestellt wird. Zugleich verändert sich aber im Hinblick auf die Wahlentscheidung durch die verwendete Bildsprache auch der Fokus der Kampagne deutlich. Diese Diskrepanz wird darüber hinaus zum Anlass genommen, über den vermeintlich postpolitischen Charakter lokalen Bürger*innenprotests zu diskutieren.

1. Einleitung: Ein Bild von einem Protest

Pinke Magnolien in voller Pracht vor einem strahlend blauen Himmel in der oberen Bildhälfte, grauer, leicht poröser Sichtbeton darunter, und darüber prangt die angesichts dieser Bildunterstützung eher rhetorische Frage »Bäume oder Beton?«. »Das Bürgerentscheiden Wir!« steht darunter im Subtext (Bild 1), denn mit den konträren Bildern werden die Bürger*innen des Berliner Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf zur Stimmabgabe bei einem Bürgerentscheid aufgerufen, bei dem am Tag der Europawahl 2014 über eine Bestandssicherung für eine Kleingartenkolonie abgestimmt wird. Nachdem ein internationaler Finanzinvestor die Fläche sechs Jahre zuvor von der Deutschen Post AG erworben hatte, war der Bezirk nach und nach von seinem Ziel eines langfristigen Erhalts abgekommen und hatte Anfang 2013 die Aufstellung eines Bebauungsplans für eine Teilbebauung beschlossen. Die

Kleingärtner*innen und ihre Unterstützer*innen werben mit den Magnolienbäumen nun für eine Fortführung der ursprünglichen Planung und den Erhalt ihrer Kolonie.

Bild 1: »Bäume oder Beton«, Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., o.J., – Plakat zum Bürgerentscheid (© WAF.berlin)



Anhand dieser im Rahmen einer planungswissenschaftlichen Dissertation untersuchten Fallstudie (Bertram, 2019, S. 501-579) und des online als Bildbeitrag und Kopfgrafik, aber auch offline als Plakat, Banner und Flyer genutzten Bildes wird im Folgenden exemplarisch die Bedeutung solcher Bilder innerhalb des strategischen Framings im Protesthandeln lokaler Bürgerinitiativen diskutiert. Hierfür wird zu-

nächst die planungswissenschaftliche Methodik, der Framing-Ansatz der Protestforschung und die Generierung alternativer Problemlösungsansätze im Protest als Analyseperspektive beschrieben. Anschließend wird näher auf den Fall eingegangen: Auf eine Kurzdarstellung folgen Ausführungen zum Framing von Anlässen, Zielen und Begründungen für den Protest, eine genauere Untersuchung bildhafter Instrumente innerhalb des strategischen Framings sowie der Adaption in verschiedenen, analogen, digitalen und sozialen Medien.

Schließlich werden die Aspekte des wortsprachlichen Framings in den Blick genommen, die in der Bildsprache nicht übermittelt werden, und anhand dessen der postpolitische Gehalt des bürgerschaftlichen Planungsprotests der Kleingärtner*innen diskutiert. In einem Fazit wird einerseits die Besonderheit des Bildhaften im Framing betont, andererseits auf die zuvor weitgehend ausgeklammerte Bedeutung des Kontexts verwiesen.

2. Analyseperspektive: Das Politische im Framing

Die Analyseperspektive des folgenden Beitrags entstammt einer planungswissenschaftlichen Hinwendung zur Protestforschung. Im Kern geht es dabei darum, dass im Framing der Protestakteur*innen ein Problemlösungsansatz konstruiert wird, der dem in der – zumeist kommunalen – Stadtplanung entgegensteht. In diesem aufeinander bezogenen Gegenüber zweier Problemlösungsansätze wird das Politische lokaler Planungsentscheidungen besonders deutlich: Nicht die Verfahren und Pläne oder Aushandlungsprozesse, sondern die alternativen, einander herausfordernden Planungs- und Protestinhalte konstituieren den politischen Konflikt.

2.1 Methodik & Protestverständnis

Das diesem Beitrag zugrundeliegende, DFG-geförderte Forschungsvorhaben entstand in einem planungswissenschaftlichen Kontext und wurde zwischen 2015 und 2016 durchgeführt. Entgegen des in der Planungswissenschaft üblichen direkten Anwendungsbezugs, bei dem nicht selten (notwendigerweise) disziplinäre Setzungen und normative Bewertungen der Planungspraxis übernommen werden, wurde innerhalb des Projekts ein analytisches Vorgehen gewählt. Anstelle in der eigenen Disziplin bestehender, häufig an das umgangssprachliche Begriffsverständnis angelehnter Protestverständnisse, wurde dafür eine an Ansätze der sozialwissenschaftlichen Protest- und Bewegungsforschung angelehnte Definition von *Planungsprotest* entwickelt.

Protest wird als kollektives politisches Handeln und als Form politischer Partizipation unabhängig von Wahlen und weiteren kommunalen und staatlichen Be-

teiligungsangeboten verstanden (Bertram & Altrock, 2018; Rucht, 2001). Demnach führen rationale Entscheidungen zu Protest und nicht kollektives Verhalten. Damit folgt die Analyse letztlich der Forschung zu den seit den 1970er Jahren vielfach untersuchten sogenannten *Bürgerinitiativen*, die sich weitgehend ad hoc während der sozialen Konstruktion des Protests gründen und sich »um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen« (Guggenberger, 2009, S. 40). Darin wird auch eine »doppelte Signatur« des Protests deutlich, auf die vor allem Rucht (2001, S. 9) hinweist. Protestierende richten sich nicht nur gegen eine als Herausforderung wahrgenommene Situation, Norm oder Planung, sondern treten zugleich für eine Änderung ein und fordern gegebenenfalls sogar die Einleitung eines Planungsverfahrens.

Das Forschungsvorhaben kombinierte einen quantitativen Ansatz mit qualitativen Fallstudien (Bertram, 2019, S. 25-30), wobei der Artikel sich insbesondere auf die Ergebnisse einer Fallstudie zum Protest innerhalb eines Planungsprozesses zur (Teil-)Bebauung einer Berliner Kleingartenkolonie konzentriert. Im Rahmen der Einzelfallstudie (Yin, 2009) kam ein Methodenmix aus Dokumenten- und Zeitungsanalyse sowie Expert*inneninterviews zur Anwendung. Daraus wurden zunächst getrennte diskursanalytische Beschreibungen von sowohl Planungs- als auch Protestprozessen erstellt, um Hinweise zu Wechselwirkungen beider Prozesse sowie insbesondere der planerisch-stadtpolitischen Möglichkeitsstruktur des Protests zu erhalten. Hinsichtlich der Feldzugänge kam dem Autor und Projektbearbeiter zu pass, dass er nicht nur in der – durch einige Protestakteur*innen als adversiv aufgefassten – Stadtplanung beheimatet ist, sondern darüber hinaus sowohl parteipolitische Arbeit geleistet hat als auch in Bürger*inneninitiativen und Verbänden aktiv ist.

Die untersuchten Fälle wurden aus insgesamt knapp fünfhundert planungsbezogenen Protesten ausgewählt, die innerhalb einer an die Protestereignisanalyse nach Rucht (2001; vgl. auch Bertram & Altrock, 2019) angelehnten Erhebungsmethodik für den Untersuchungszeitraum von 2005 bis Mitte 2015 in Berlin erfasst wurden. Die Fallstudie wurde nach einer Typologisierung als ein besonders prägnanter Fall von Umstrukturierungsabwehrprotest ausgewählt.

Damit wird lokaler Planungsprotest durchaus in Abgrenzung zu vielfältigen Ansätzen »urbanen« Protests, die insbesondere ausgehend von Castells (1983) innerhalb der kritischen Stadtforschung entstanden sind, zunächst einmal als kommunalpolitisch verstanden (Fainstein & Fainstein, 1985, S. 189). Nicht berücksichtigt wurden insbesondere solche Proteste, die den Stadtraum als »Bühne« nutzten (Lindner, 1996, S. 414), aber auf überlokale Politiken bezogen waren.

2.2 Bildhaftes strategisches Framing im Planungsprotest

Der Paradigmenwechsel der Bewegungsforschung weg von sozialpsychologischen Ansätzen hin zu rationalen Erklärungen für Protest hat in den 1970ern zunächst zu einer Verengung auf Kosten-Nutzen-Analysen geführt, während soziale, kulturelle und emotionale Aspekte nicht ausreichend beachtet wurden (Goodwin, Jasper & Polletta, 2005, S. 413). Dies änderte sich insbesondere durch das Framing-Konzept von Snow, Rochford, Worden & Benford (1986), das ursprünglich darauf ausgelegt war, die Bedeutung ideologischer Faktoren bei der Unterstützung und Mobilisierung in Bewegungen zu erklären.

Snow, Rochford, Worden & Benford (1986, S. 467-476) ging es darum, wie Protestakteur*innen ihre Handlungen insgesamt darauf ausrichten, um mit den Wertvorstellungen und der Lebenswelt ihrer Unterstützer*innen übereinzustimmen. Beim Prozess des »frame alignment« geht es darum, den »frames« innerhalb des Protests durch Verknüpfung, Verstärkung, Erweiterung und Veränderung zu einer größeren Wirkung zu verhelfen (»frame resonance«), wobei mit »frames« in Anlehnung an Goffman (1974) kollektive Interpretationsleistungen gemeint sind (vgl. Herkenrath, 2011, S. 33). Dabei unterscheiden Snow und Benford (1988, S. 201) Interpretationen, die die grundlegenden Probleme beschreiben (»diagnostic framing«), von solchen, die mögliche Lösungsstrategien, Taktiken und Ziele nennen (»prognostic framing«) oder als Aufforderungen oder Handlungsanweisungen der Motivation der Unterstützer*innen dienen (»motivational framing«).

Bildhafte Darstellungen, sowohl intentional erzeugte als beiläufig entstandene und verbreitete, waren dabei stets Teil strategischen Framings. Gegenwärtig wird politisches Framing vor allem auf verbale Äußerungen bezogen (Wehling, 2016) und damit auf Rhetorik reduziert. Dies ist insofern beachtlich, als heute visuelle Reize in sozialen und anderen Medien eine gesteigerte Bedeutung erfahren, ihre Erzeugung und Verbreitung weitverbreitete Fähigkeiten sind und entsprechende Technologien kostengünstig zur Verfügung stehen (Huntington, 2013). In der visuellen Kommunikationsforschung hat das Framing-Konzept jedoch sehr wohl Einzug gehalten und gilt hier mittlerweile als »one of the life lines for visual research« (Coleman, 2010, S. 233), wobei journalistische Massenmedien das wesentliche Untersuchungsgebiet darstellen (für einen Überblick siehe etwa Geise, Lobinger & Brantner, 2013). Als wesentliche Technik des visuellen Framings wird dabei die Auswahl bestimmter Aspekte einer wahrgenommenen Realität angesehen, mit dem Ziel, diese in der Kommunikation zu betonen (Entman, 1993, S. 52).

Dies gilt in spezifischer Weise für lokale Planungsproteste, die sich auf ein bereits traditionell stark bildhaftes Politikfeld bzw. eine stark und verstärkt visuelle Tätigkeit beziehen: Selbst dort, wo Planung nicht konkrete städtebauliche und architektonische Entwürfe, sondern abstrakte Inhalte behandelt, werden neben Karten, Planwerken und Diagrammen auch vielfältige Visualisierungen zur politischen

Kommunikation genutzt (Kwartler & Longo, 2008). Dies liegt auch daran, dass sich räumliche Planung in der Regel auf städtische Räume bezieht, die visuell erfasst werden können. Damit einher geht auch, dass sich allein aus der unterschiedlichen Betrachtung – z.B. des*der Anwohner*in oder der*des Politikerin*s im Hubschrauber (vgl. Hall, 2010) – eine unterschiedliche Perspektive ergibt.

2.3 Planungsprotest und das Politische der Alternative

Planungsproteste und ihr Framing sind darüber hinaus in besonderem Maße geeignet, das Politische von Planungsentscheidungen jenseits von institutionellen Strukturen und Verfahren des Planungsprozesses zu vermessen. Ein wesentlicher, häufig verkannter Teil des Politischen sind dabei die Inhalte von Planung und Protest. In der Diskrepanz der Planungs- und Protestziele, aber auch in ihren unterschiedlichen Bewertungen von bestehenden Situationen, Interessen und Betroffenheiten – wenn man so will, im unterschiedlichen politischen Framing von hegemonialen und alternativen Problemlösungsansätzen – zeigt sich, was umstritten ist bzw. verhandelt wird, wenn Planer*innen planen, Politiker*innen entscheiden und Bürger*innen protestieren (vgl. Bertram & Altrock, 2019).

Durch die Konkretheit lokalen Protests sind die Werte, Glaubenssätze und Bedeutungen direkter, die im strategischen Framing interpretiert werden (vgl. Snow & Benford, 1988, S. 197). Protestakteur*innen beschreiben Herausforderungen innerhalb von Planungsvorschlägen aus Politik und Verwaltung und zeigen alternative Lösungen auf. Diese »politics of signification« (Hall, 1982) beschreiben damit einen Konflikt über Politikinhalte (Hajer, 2003a, S. 90-91), die zumeist weniger ideologischer als materieller Natur sind. Wenn Protestierende wie im nachfolgenden Beispiel den Plan einer Bebauung von Kleingärten problematisieren und deren Erhalt fordern, tun sie dies in einer Weise, die Bedeutung zuschreibt, Anhänger*innen mobilisiert und Gegner*innen demobilisiert (Snow & Benford, 1988, S. 198). Zugleich wollen sie aber auch konkreten sozialen Wandel erreichen (Goodwin & Jasper, 2003, S. 3) und zielen daher nicht nur auf Mobilisierung, sondern ebenso auf politischen Einfluss und Nutzen (vgl. Gamson, 1990 [1975], S. 14). Ihr Framing ist daher nicht nur auf ihre (potentiellen) Unterstützer*innen abgestimmt, sondern noch stärker an offiziellen Planungspolitiken und -verfahren sowie der medialen und politischen Durchsetzung orientiert, als dies durch die kulturelle Regelgebundenheit politischen Protests (Tarrow, 2011, S. 29) ohnehin erwartbar ist.

3. Heuschrecken auf Magnolien: Der Fall Schmargendorf

Es ist kaum möglich, die Fallstudie zu beschreiben oder auch nur zu benennen, ohne sich in dem zugrundeliegenden Konflikt zumindest tendenziell mit einer Seite gemein zu machen. Wenn dieser Artikel mit dem Verweis auf eine Kleingartenkolonie, namentlich die Kolonie »Oeynhausen« im Ortsteil Schmargendorf am Berliner Innenstadtrand, überschrieben ist, so müsste eigentlich ein Schrägstrich folgen; ».../eines Neubauquartiers«. Denn auch darum geht es: Den Wunsch eines Investors und letztlich auch des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf und des Berliner Senats, Wohnbebauung zu schaffen; »Maximilians Quartier« [sic!] soll sie einmal heißen.

3.1 »Alles oder nichts? Kurzdarstellung der Fallstudie

Der nördliche Teil der Kleingartenanlage, mit 9,3 Hektar rund zwei Drittel der 13,1 Hektar großen und 1904 gegründeten Kolonie, befand sich bis 2008 in Besitz der *Deutschen Post AG*, wurden dann aber für rund 600.000 Euro an einen US-amerikanischen Investmentfonds verkauft. Diese – in den Worten eines ehemaligen SPD-Vorsitzenden – »Heuschrecke« verkaufte das Areal nach rund sieben Jahren der bezirklichen Planung und des bürgerschaftlichen Protests an eine Berliner Projektentwicklungsgesellschaft für vermutlich 40 Millionen Euro weiter – dem 67-fachen Kaufpreis also.

Schon 2008 kam es zu einem singulären Protestereignis. Da die Bezirkspolitik jedoch einhellig ihre Unterstützung signalisierte und die Bestandssicherung auch 2011 in einer Zählgemeinschaftsvereinbarung (»Koalitionsvertrag«) wiederholt wurde, blieb es zunächst ruhig. Der hier untersuchte Protest formierte sich erst, als der Investor kurze Zeit später einen Bauvorbescheidsantrag mit Erschließungsangebot stellte, und sich abzeichnete, dass der Bezirk einen Kompromiss eingehen wollte. Hintergrund hierfür war, dass die Fläche planungsrechtlich nicht verbindlich als Dauerkleingärten, sondern durch übergeleitete kaiserzeitliche Pläne als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen war. Ob sich daraus ein Baurecht ableiten ließ, war zwar strittig, aufgrund eines Entschädigungsrisikos und der Weigerung des Senats, das Risiko zu übernehmen, hatten frühere Versuche zur planungsrechtlichen Sicherung der Bestandsnutzung jedoch nie Rechtskraft erlangt. Nur auf der Senatsebene wurde von öffentlicher Seite eine Präferenz für eine bauliche Nutzung geäußert und auf den Wohnraumbedarf verwiesen, während Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung stets Sachzwänge nannten.

Als im Januar 2013 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für eine hälftige, dafür verdichtete Bebauung im Sinne eines »Kompromisses« zwischen Investor und Baustadtrat beschlossen werden sollte, stellten Kleinärtner*innenverein und Bezirksverband den Einwohner*innenantrag für ein

Bürger*innenbegehren. Aufgrund einer juristischen Auseinandersetzung um dieses Bürgerbegehr kam es erst im Mai 2014 zu einem Bürgerentscheid. Am selben Tag fand auch die Europawahl und das berlinweite Plebisitz zum »Tempelhofer Feld« statt (vgl. Roskamm, 2013). Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Protest mit der Gründung einer Anwohner*inneninitiative »Schmargendorf braucht Oeynhausen« auch inhaltlich deutlich verbreitert, eine Gerichtsentscheidung, aber auch ein Baurecht aufgrund der Untätigkeit des Bezirks herausgestellt. Schließlich stimmten 77 Prozent der Teilnehmenden am Bürgerbegehr für den Antrag der Kleingärtner*innen, auch das Quorum wurde deutlich überschritten.

Unter dem Eindruck des nicht bindenden Ergebnisses änderte die Bezirksverordnetenversammlung erneut ihre Position und beschloss, der Empfehlung des Bürgerentscheids zu folgen, das Verfahren zum Sicherungsbebauungsplan wieder aufzunehmen und eine Veränderungssperre festzusetzen. Jedoch weigerte sich das Bezirksamt, diese Entscheidungen rechtskräftig werden zu lassen – wiederum mit Hinweis auf die drohende Entschädigung. Als der Bezirk im September 2015 mit seiner Berufung gegen die Gerichtsentscheidung auf ein Baurecht des Investors scheiterte und der Innensenator den Stopps des Bebauungsplanverfahrens verfügte, gaben die Kleingärtner*innen auf. Zur Sicherung der östlichen Hälfte der Parzellen wurde von den Kleingärtner*innen auch gegen den Willen der Anwohner*inneninitiative von der Lösung »alles oder nichts« abgewichen und einem neuerlichen »Kompromiss« unter schlechteren Konditionen zugestimmt (Interview mit Vertreter*innen des Kleingärtnervereins, 28.10.2016, s. Bertram, 2019, S. 537). Durch die Wertsteigerung sah sich der Projektentwickler nicht in der Lage, den früheren »Kompromiss« zu übernehmen. Noch im Februar 2016 kam es zur Räumung der westlichen Hälfte des Nordteils. Bereits im August 2017 begannen die Erdarbeiten für den ersten von vier Bauabschnitten, die bis 2021 fertiggestellt werden. Schließlich werden auf den ehemaligen Gartenparzellen 973 Miet- und Eigentumswohnungen für rund 400 Mio. Euro gebaut worden sein.

3.2 Gartenzwerge? Strategisches Framing in Abgrenzung zum Klischee

In ihren Protesthandlungen konzentrierten sich die Kleingärtner*innen und Unterstützer*innen vordergründig auf das von ihnen initiierte Bürgerbegehr und den »Wahlkampf« für den anschließenden Bürgerentscheid. Hier letztlich erfolgreich eine Mehrheit zu erzielen ist voraussetzungsvoll, hatte doch der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zum Zeitpunkt des Entscheids über 245.000 stimmberechtigte Einwohner*innen. Dass fast 85.000 Einwohner*innen für die Forderung der Kleingärtner*innen stimmten, hat sehr viel damit zu tun, wie es im Framing gelungen ist, diese Forderung in Einklang mit den Wertvorstellungen und der Lebenswelt eines ausreichend großen Teils der Bezirksbevölkerung zu bringen: 77 Prozent der abgegebenen Stimmen, knapp 37 Prozent aller Stimmberechtigten

und gut 26 Prozent aller Einwohner*innen stimmten für den Sicherungsbebauungsplan. Diese Menschen wurden von der Kampagne angesprochen und mobilisiert, von ihren Argumenten, Motiven und – nicht zuletzt – Bildern. Bevor die bildhaften Elemente der Kampagne näher betrachtet werden, sollen zunächst Inhalte und Framing insgesamt behandelt werden, um zu erkennen, welcher Ausschnitt durch eine Visualisierung betont wurde. Der inhaltliche Kern des Framings ist im Text des Bürgerentscheids offen formuliert: Es geht um eine Sicherung der Bestandsnutzung mittels eines bereits aufgestellten, aber nie beschlossenen Bebauungsplans. Damit ergibt sich die Besonderheit, dass der Lösungsvorschlag zunächst kaum alternativ wirkt, sondern sogar bewusst betont wird, der ursprünglichen Absicht der Bezirksverordnetenversammlung zur Durchsetzung verhelfen zu wollen. Damit wird einerseits der Protest legitimiert, sich andererseits aber auch von weiteren, ähnlich gelagerten Fällen abgrenzt – nicht zuletzt vom zeitgleichen Protest für die Freihaltung des »Tempelhofer Feldes«.

Mit dem Wissen, dass sich am Wahltag auch die Initiator*innen des Volksentscheids zum »Tempelhofer Feld« durchsetzen konnten, erscheint Letzteres zwar unnötig, der Vergleich der Wahlergebnisse zeigt dennoch den Erfolg dieser Strategie: Für den Erhalt des »Tempelhofer Feldes« wurden nur 60 Prozent der gültigen Stimmen im Bezirk gezählt (stadtwert 64 %). Angesichts eines relativ »bürgerlichen« Elektorats im Bezirk, insbesondere aber auch innerhalb der Kleingärtner*innen selbst und ihres direkten Umfeldes, war es wichtig, das Anliegen nicht zu avantgardistisch erscheinen zu lassen. Hinzukommt, dass es so selbst Parteimitgliedern problemlos möglich war, für die Sicherung, also den ursprünglichen Plan der Mehrheitsfraktionen in ihrer Zielvereinbarung zu stimmen.

Darüber hinaus findet eine Abstraktion von der konkreten Fläche statt, die dem überwiegenden Teil der Bezirksbevölkerung jenseits Schmargendorfs weder bekannt noch wichtig sein dürfte. Als Begründungen für den Protest werden demnach Spekulation und geringe Sozialverträglichkeit der geplanten »Luxusbebauung«, Naherholung – und im Weiteren auch Gemeinschaftsaspekte –, Klima- und Umweltschutz sowie die bestehende Rechtsposition genannt. Hier nirgends und auch ansonsten selten öffentlich erwähnt werden die persönlichen Betroffenheiten. »Damit gelingt es den Kleingärtner*innen, dem »NIMBY«-Vorwurf, allein aus Eigennutz zu protestieren (englischsprachiges Akronym für »Not In My Backyard«; vgl. Lake, 1993), weitgehend zu entgehen (vgl. aber Matthies, 2014, der einen solchen Vorwurf formuliert). Stattdessen geht es um so etwas wie ein Berliner Kulturgut.

Dieses Selbstverständnis steht in einem Widerspruch zur öffentlichen Wahrnehmung der in der Presse des Öfteren als »Gartenzwerge« (Haimann, 2013) bezeichneten Kleingärtner*innen – einschließlich entsprechender Bebilderung. Wesentliche Teile des strategischen Framings waren deshalb geprägt davon, mit bestehenden Klischees zu brechen. Dem Kleingeistigen wurde die Legitimität öffent-

licher Dokumente, eine umfassende und fundierte Argumentation sowie sichere und entschlossene Anwendung rechtlicher Instrumente entgegengesetzt; dem Eigeninteresse die vielfältigen ökologischen und sozialen Funktionen der Kolonie, vor allem aber die reine Gewinnabsicht der selbst vom Baustadtrat als »Heuschrecken« bezeichneten Investoren. Allein der immense Wertzuwachs reichte hier als Beleg dafür, dass der Protest auch gegen die viel kritisierte so genannte »neoliberalen Stadtentwicklung« gerichtet war, sodass eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Widerspruch von Wohnraumbedarf und Freiflächenerhalt kaum nötig war.

3.3 Bäume und Beton: Bildhaftes Framing als politische Strategie

Während sich die zuvor beschriebenen Aspekte des strategischen Framings insbesondere in der Pressearbeit und ausführlichen Selbstdarstellungen von Kleingärtnerverein und Bürgerinitiativen wiederfinden, wie sie auf Homepages angeführt, bei Diskussionsveranstaltungen benannt und im persönlichen Gespräch etwa an Informationsständen verwendet wurden, war im Zuge des »Wahlkampfes« im direkten Vorfeld des Bürgerentscheids eine stärkere Zuspiitung erforderlich. Beachtlich ist, wie hierbei Bilder die wesentlichen und zuvor als bewusst beschriebenen Lücken des Framings schließen.

Den Schwerpunkt dieser Untersuchung des visuellen Framings bildet ein Plakat in drei Varianten, das eine professionelle Werbeagentur kostengünstig für Kleingärtnerverein und Bürgerinitiative gestaltet hat und in den Wochen vor der Wahl im gesamten Bezirk tausendfach plakatiert wurde. Daneben wurde es auch als Banner, Flyer, Homepagegrafik und »Sharepic«, also einer Abbildung, die der Verbreitung in sozialen Medien dient, verwendet – in *Facebook*-Beiträgen sind auch T-Shirts zu sehen, die mit dem Motiv bedruckt wurden.

Die Motive bestehen jeweils aus zwei durch eine Risslinie getrennten, fotografischen Abbildungen, die über ein mittig gesetztes Textelement verbunden und in den Kontext des Bürgerentscheids gestellt werden. In der oberen (in manchen Online-Varianten linken) und damit bevorzugt sichtbaren Bildhälfte wird ein positiv konnotiertes, farbintensives und ausdrucks- wie kontraststarkes Bild gezeigt, das deutlich über ein negativ konnotiertes, mattes, nahezu grautöniges Bild in der unteren (bzw. rechten) Bildhälfte dominiert. Auch die grafische Textgestaltung folgt diesem Muster, indem die negativen Begriffe weiß auf schwarz stehen, während die positiven, aus einer weißen Fläche ausgeschnitten, die Farbigkeit des dahinterliegenden Bildes übernehmen. Das die Wahlentscheidung markierende Wort »oder« ist in Großbuchstaben und gesperrt auf einem roten Balken gesetzt, der schräg am rechten Rand des Textfelds montiert ist. Weitere erläuternde Texte sind am oberen und unteren Plakatrand untergebracht. Entsprechend sollte bei den nachfolgenden Ausführungen nicht übersehen werden, dass die Bilder wie bei den

meisten professionellen Plakaten vor allem dazu dienen, die Aufmerksamkeit auf die textliche Aussage zu lenken, indem etwa der Bildfokus in unmittelbarer Nähe des Haupttextes liegt.

Am prägnantesten und auch am häufigsten verwendet ist die Variante »Bäume oder Beton?« (Bild 1): Als »Bäume« dienen die bereits eingangs beschriebenen pinken Magnolien vor strahlend hellblauem Himmel. Grauer, vollständig ausgehärterter Sichtbeton dient als Gegensatz. Reduziert man die Strategie des visuellen Framings auf Bildauswahl und -zuschnitt, so fallen insbesondere je Bild zwei Dinge auf: Die Blüten der nicht-heimischen und in Kleingärten aufgrund des verpflichtenden Nutzgartencharakters seltenen Magnolien werden als Symbol für den Bestandserhalt gewählt, obwohl der Bestand oftmals weniger prachtvoll, heterogener und autochthoner ist. Das laut Investorendarstellung »grüne«, in jedem Fall aber mit verschiedenen Oberflächen gestaltete und durch menschliche Nutzung belebte Quartier wird hingegen auf die Betonierung reduziert. Dass große Teile der Fläche betoniert werden, stellt sicherlich den stärksten Eingriff in den Bestand dar, aber sicher nicht das, was für Projektbefürworter*innen zur Wahl steht. Auch sind Abdrücke einer Schalung im Beton erkennbar und es handelt sich somit nicht um die Bodenplatte. Die Bildausschnitte verstärken diese Wirkung: Die Betonfläche ist so beschnitten, dass ihr Nutzen nicht erkennbar ist, dafür aber Porosität und leichte Ausblühungen sichtbar werden – man könnte dies als Zeichen von Vergänglichkeit interpretieren, doch ist zu vermuten, dass dies bei der Auswahl allenfalls unbewusst eine Rolle gespielt hat. Die Magnolienblüten hingegen wirken für Blüten relativ robust. Durch die geringe Brennweite und den Anschnitt im Hintergrund scheinen sie zudem ins Endlose verlängert, obwohl die*der Betrachter*in um ihre Vergänglichkeit weiß. Der Ausschnitt zeigt hier nur die blütenbesetzten Baumkronen und auf etwa einem Viertel der Bildfläche nahezu wolkenlosen Himmel – nur in der Ferne »droht« eine Wolke, die aber ebenso vorüberziehen kann. Nicht gezeigt werden Stamm und Umgebung des Baumes und damit der Kleingarten, in dem der Baum vermeintlich (s.u.) steht.

Zugleich wird bereits in der Beschreibung deutlich, dass Auswahl und Ausschnitt allein das visuelle Framing nicht vollständig erfassen können, sondern vielmehr die Bildsprache Botschaften zu senden vermag: Farbigkeit und Kontrast, (Un-)Schärfe und Komposition. Spätestens durch die technischen Möglichkeiten der Bildbearbeitung sind diese Effekte nicht allein dem Akt der Motivauswahl zuzuordnen, sondern stellen eigene Handlungen im Rahmen des visuellen Framings dar. So wirkt der Beton bewusst kontrastreich und scharf – was vermutlich erforderlich ist, um ihn insbesondere auf Plakaten im Vorbeigehen oder -fahren erkennen zu können, seiner Optik zudem aber auch eine besondere Härte verleiht.

Diese Techniken des visuellen Framings sind auch in den beiden weiteren Gegenüberstellungen deutlich erkennbar, die insbesondere als Plakatmotive verwendet werden: Lila Schnittlauch-Blüten und sattes Grün werden als »Kräuter« den als

schwarzen Gerippen vor bewölktem Himmel aufragenden »Kränen« entgegengestellt; eine prachtvoll gemusterte Raupe des Schwalbenschwanzes an grünen Blättern dem erdverkrusteten Antrieb eines Raupenbaggers – »Raupen oder Raupen?« (Bilder 2a und 2b). Durch die gegensätzliche Farbgebung, bei der satte, leuchtende Farben die ausdrucksstarken Darstellungen der positiv konnotierten Bilder verstärken, während die negativ konnotierten Bilder – mit Ausnahme der leicht gespenstischen Kräne – eher beliebig ausgewählt wirken, wird die Entscheidung optisch vorweggenommen. Obwohl die positiv konnotierten Motive im Gegensatz zu den Magnolien »einheimisch« sind, sind sie kaum als solche erkennbar: Nicht nur ist Schnittlauch aus dem Supermarkt blütenlos, sondern die bekannten Halme unscharf. Die Raupe erinnert in der starken Vergrößerung und auffälligen Maserung an ein exotisches Tier. Die so »geframte« Wahlentscheidung ist nicht nur eine einfache, sondern zugleich eine allgemeine: Der prachtvolle Baum ist ebenso ubiquitär wie der Beton. Kräuter und Raupe könnten eine gefällige, aber beliebige Flora und Fauna repräsentieren, Kräne und Kettenraupen zu jeder Baustelle gehören.

Bild 2a: »Kräuter oder Kräne?« & Bild 2b: »Raupen oder Raupen?« – Plakate zum Bürgerentscheid (© WAF.berlin)



Was die verbale Argumentation ausschließen muss, um Betroffenheiten nicht hervorzuheben und Seriosität zu betonen, wird so bildhaft in den Diskurs eingeführt: Die Bedrohung eines »Idylls«; die Gefährdung eines belebten und lebenswerten Orts; der Verlust einer mit den hellen und warmen Jahreszeiten assoziierten Nutzung; eines emotionalen Raums. Wie stark die Bild- gegenüber der Textsprache ist, wird eher im Kontext deutlich: Den Kopf der Facebook-Seite zierte das Ma-

gnolienbild ohne textliche Ergänzung, immer wieder werden dort kommentarlos Gartenbilder veröffentlicht.

Jedoch bleiben auch die Bilder von Bäumen, Kräutern und Raupen allgemein. Sie zeigen gerade nicht die zur Bebauung bestimmte Kolonie, sind wohlmöglich nicht einmal in einem beliebigen Kleingarten aufgenommen – und wenn, wäre es aufgrund der Nahaufnahme nicht erkennbar. Leicht sind sie als Stockfotos identifizierbar: In Internetdatenbanken tausendfach zum Verkauf angebotene Bilder professioneller Fotograf*innen, wie sie Werbeagenturen weltweit für Marketingzwecke verwenden. Hier geht es nicht um eine den meisten Wähler*innen unbekannte Kleingartenanlage, hier geht es ganz allgemein um Bäume, Kräuter, Raupen, um verschiedene bedrohte Idylle, lebenswerte Orte und emotionale Räume – letztlich bieten die Bilder eine weitgehend offene Projektionsfläche für das Elektorat.

Wähler*innen, die keinen Bezug zur Kolonie haben, werden sich daran erinnert haben, dass in Zeiten des Baubooms und der Nachverdichtung auch Flächen in ihrem eigenen Umfeld (potentiell) gefährdet waren, und somit ihre eigene Betroffenheit erkennen können – 2015 wird unter anderem auf Schmargendorfer Initiative hin ein Bürgerbegehren zum Erhalt aller Grünflächen im Bezirk diese Interpretation aufnehmen. Solche, die sich als »naturverbunden« sehen, werden sich anhand der allgemein gehaltenen Bildsprache positionieren können. Andere, die die Kleingärtner*innen aus nachbarschaftlicher oder empathischer Verbundenheit unterstützen wollen, können in den Stockfotos die bedrohte Kolonie erkennen.

3.4 Zaungäste: Presse, Homepages und soziale Medien zwischen Anonymität und Intimität

Diese beiden letzteren Gruppen werden in ihrer Haltung auf den Internetseiten der Protestakteur*innen und auf der Facebook-Seite zusätzlich bestärkt: Hier finden sich Bildergalerien und eine Vielzahl von Bildbeiträgen von Nutzer*innen, die ganz konkrete Situationen aus der für die Bebauung vorgesehenen Kolonie zeigen – vermutlich einschließlich der durch den so genannten »Kompromiss« oder Senatseigentum nicht beplanten Teile: Die ganze Pracht blühender, sonnenbeschienener, erntereifer Gärten – in der Regel unkommentiert, aber dennoch aussagekräftig. Hier sagen Bilder nicht nur, wie es sprichwörtlich heißt, mehr als tausend Worte, sondern zugleich bedeutsam weniger: Wer hier einen quasi »zitierfähigen« Beleg für »NIMBY«-Einstellungen sucht, wird ihn nicht finden, obwohl jedes Bild davon erzählt, was für die Kleingärtner*innen ganz individuell zur Abstimmung steht.

Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Bildsprache der Tageszeitungen, die zwar die Kolonie als »bedrohtes Paradies« beschreiben (N.N., 2012), aber selten sichtbar machen. Hier wurden zunächst häufiger Gartenzwerge und im weiteren Prozessverlauf vor allem Protestakteur*innen abgebildet, gerne in ihrem Kleingarten, mit der Laube im Hinter- oder dem Gartentor im Vordergrund. Dies entspricht

nicht nur weiterhin stärker einem Klischee, sondern stellt auch einzelne Menschen in den Vordergrund – was in der Kampagne der Kleingärtner*innen und Anwohner*innen gerade vermieden wird.

Damit zeigt sich auch die Bedeutung des Internets und insbesondere so genannter »sozialer Medien« für den Schmargendorfer Protest: Letztere werden im konkreten Fall noch relativ verhalten genutzt: Der Kleingärtner*innenverein nutzt sein Homepage-»Tagebuch« – nicht »Blog« – weit mehr als seine *Facebook*-Seite, weitere soziale Medien werden nicht verwendet, auf Flyern, Plakaten und anderen analogen Medien wird lediglich auf die Kampagnenhomepage verwiesen. Insofern dient *Facebook* hier vor allem zur inneren Mobilisierung und Information von Aktiven, denn zur Erreichung von Wähler*innen und Unterstützer*innen, die überwiegend über statische Homepages und Blogs informiert werden. Obwohl soziale Medien über die Funktionen des Teilens und Kommentierens Sichtbarkeit für politische Ziele erzeugen und damit mobilisieren können, dienen sie hier eher der Organisation bestehender Gruppen, wie dies etwa die Ergebnisse von Miller et al. (2016) nahelegen. Ob es heute – das untersuchte Beispiel stammt aus dem Jahr 2014, im digitalen Zeitalter schon beinahe eine andere Ära – zu einer anderen Verwendung sozialer Medien kommen würde oder ob gerade diese interne Funktion den höchsten Mehrwert erbringt, lässt sich aus der Fallstudie nicht erkennen. Unabhängig vom konkreten Protestmedium zeigt sich, wie viel weniger die »Bilder des Protests« (»Images of Protest«, McCarthy & McPhail, 1996; eigene Übersetzung) heute von der massenmedialen Selektion bestimmt werden, sondern durch die politischen Akteur*innen selbst (re-)produziert und verteilt werden.

4. Das (Post-)Politische der Bilder des Protests

Trotz der visuellen Vielfalt, die sich zumindest bei genauerem Hinsehen im virtuellen Raum darbietet, wird bildhaft die starke Vereinfachung der textlichen Auswahl noch verstärkt: Blühende Bäume oder Sichtbeton? Die notwendige Komplexität der Planungsentscheidung wird auf zwei eindeutige Optionen reduziert, wobei insbesondere der Wohnflächenbedarf als wesentliches Argument für eine Bebauung aus der Problemdeutung herausrückt. Der – an anderer Stelle durchaus belegte – soziale und ökologische Wert der Kleingartenanlage wird zu Schönheit destilliert und einer mit keinem Nutzen assoziierbaren Betonfläche entgegengesetzt. Wenn in Kapitel 2.3 das Politische in der im Protest dargebotenen Alternative gesehen wird, so zeigt sich zugleich, dass es im Framing der Protestierenden auf eine Wahl zwischen zwei eindeutigen Alternativen reduziert wird von denen eine so trist, grau und tot daherkommt, dass die andere fast schon »alternativlos« wirkt.

Dies wäre dann ein Anzeichen für postpolitische Tendenzen im Schmargendorfer Protest, die Bude (2011) bereits in den bürgerschaftlichen Begehren zum Bahn-

und Stadtentwicklungsprojekt »Stuttgart 21« ausgemacht hat, die insbesondere bundesweit für Aufsehen sorgten. Bevor dies im zweiten Abschnitt dieses Kapitels diskutiert werden kann, soll zunächst in den Blick genommen werden, was der enge Rahmen des bildhaften Framings, folglich was die blühenden Bäume, bunten Kräuter und grünen Raupen, nicht darstellen bzw. verdecken.

4.1 Magnolien aus Stahl: »demokratische Fouls«, Dienstaufsichtsbeschwerden und »Filz«

Was die Kampagnenbilder trotz des harten Kontrasts nicht thematisieren, ist die Härte, mit denen auf »beiden Seiten« gekämpft wurde und die den Konflikt noch stärker verdeutlichen als die auf die – ursprünglich ja gar nicht strittigen (Kapitel 2.1) – Planungsinhalte verweisenden Bilder. Über weite Phasen bestimmen nicht die im Wahlkampf präsentierten Alternativen die Auseinandersetzung, sondern das Framing der Protestakteur*innen ist durch verfahrensbezogene Aspekte dominiert, die zu einer relativ konfrontativen Proteststrategie führen. Sie kulminieren in der Person des Baustadtrats, der sich als für den Protest notwendigen »Buhmann« beschreibt (Interview mit dem Baustadtrat am 3.11.2016). Aus Protestierendensicht stellen sie jedoch eine Reaktion darauf dar, dass ihre demokratische Teilhabe erschwert wurde. Die Protestierenden identifizieren insgesamt sieben »Fouls an der direkten Demokratie« – Im Kern geht es um eine mehrfache Behinderung des Bürgerentscheids (Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., o.J.; vgl. Bertram, 2019, S. 535). Für das Framing entscheidend ist hier die rhetorische Verknüpfung der inhaltlichen Forderungen mit der Aufrechterhaltung »sauberer« Verfahren und demokratischer Bürgerrechte.

Zusätzlich, aber selten direkt verknüpft mit den »sauberer« Verfahren, wird die »wundersame Geldvermehrung« durch den Käufer der Kleingartenanlage thematisiert – neben der inhaltlichen Kritik an einer vermeintlichen »Luxusbebauung« ein wichtiger Anschluss an die virulenten Diskurse um Gentrifizierung und »neolibrale« Stadtentwicklung. Grundlage dafür ist, dass der Investor das Grundstück von der staatseigenen Post zum Grünlandpreis erworben hat, durch einen juristischen Kniff daraus aber eine Schadensersatzforderung in vielfacher Höhe ableitete, für den Fall, dass dem Baugesuch nicht stattgegeben würde. Obwohl auch für den späteren Berliner Entwickler seit längerem »Filz«-Vorwürfe bestehen (Sieber & Rose, 2001), wird ein Korruptionsverdacht nie direkt öffentlich geäußert (s.u.).

Die Härte der verbalen Auseinandersetzung ging allerdings nicht mit entsprechenden direkten Aktionsformen einher. Sämtliche Protesthandlungen verliefen friedlich und ohne Gewaltanwendung, selbst bei der Räumung kam es zu keinerlei Widerstand – obwohl Entwickler und Politiker*innen noch vor den »zu erwartenden Bilder[n] von an Bäume geketteten Kleingärtnern, die unter massivem

Polizeieinsatz vertrieben werden« (Offener Brief vom 27.10.2015; Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., 2016) gewarnt wurden. Härte zeigen die Protestakteur*innen jedoch durch juristische Schritte, mit denen sie mehrere der erwähnten »Fouls« anfechten: Gegen die Einflussnahme des Bezirksamts auf Inhalte der Unterlagen zum Bürgerbegehren wurde geklagt, zudem kommt es zu Dienstaufsichtsbeschwerden und einer Anzeige gegen den Baustadtrat.

Abgesehen von einer Klage gegen die frühzeitige Kündigung der Pachtverträge bleiben Investor bzw. Entwickler und Senat hingegen weitgehend verschont – erst nach dem gewonnenen Bürgerentscheid und dem Ausbleiben eines parlamentarischen Erfolgs auf Bezirksebene findet gemeinsam mit anderen Berliner Bürgerinitiativen eine Demonstration gegen eine vermeintlich »unsoziale« Stadtentwicklungspolitik des Berliner Senats – unter dem Motto »Man trägt wieder Filz« – statt. Dies verstärkt das vorangegangene Framing, das das Verfahren als intransparent, ungerecht und undemokatisch, und die politischen Entscheidungsträger*innen als inkompotent darstellt, moralische Argumente aber zunächst weitgehend unterlässt.

Somit besteht eine doppelte Diskrepanz zwischen dem bild- und wortsprachlichen Framing: Einerseits fehlt zumindest den positiv konnotierten Bildern, die für die geforderte Sicherung der Kleingartennutzung stehen, die Schroffheit, aber auch Empörung und Wut der sonstigen Auseinandersetzung. Andererseits sind die Bilder das, was Bude (2011, S. 4) im Zusammenhang mit den Protesten um »Stuttgart 21« als »Familienförmigkeit des Protests« bezeichnet, in der »eine pflegende Haltung zur Natur mit einer ästhetischen zur Stadt in Verbindung [gebracht wird]« und in der »[n]icht die gerechte, nicht die befreite, sondern die gute Gesellschaft [...] das Ziel der Wünsche [war]«. In der Bild- und begleitenden Wortsprache werden die Alternativen »Kleingärten« oder »Bebauung« präsentiert, während sämtliche verfahrensbezogenen und rechtlichen Argumente, die letztlich um Gerechtigkeit und Freiheit geführt werden, außen vor bleiben.

4.2 »Das Bürgerentscheiden Wir«? Das (Post-)Politische der »Vermeidung des Politischen«

Die Bilder der Bürgerentscheidskampagne betonen also das Politische, genauer gesagt die policy oder politischen Inhalte (vgl. etwa Vowe, 2008; Hajer, 2003b) der anstehenden Entscheidung, während die übrigen Protesthandlungen von Kleingärtnerverein und Bürgerinitiative sich insbesondere auf die Strukturen und Verwaltung der Bezirkspolitik in Charlottenburg-Wilmersdorf beziehen.

Dies ist insofern beachtlich, als die Protestakteur*innen und insbesondere eine ihnen nahestehende Bezirksverordnete die Verrechtlichung des Planungsprozesses durch das Bezirksamt scharf kritisieren: Während es einer politischen Entscheidung darüber bedürfe, ob der Bezirk die Kleingartenanlage erhalten oder bebauen

wolle, würde stattdessen auf den begrenzten Entscheidungsspielraum verwiesen. Die Bezirksverordnete selber nennt dies in einem Schreiben an ihre Partei eine »Vermeidung des Politischen«. Dieser Vorwurf entspricht letztlich einer konkreten Anwendung der zunächst als allgemeiner gesellschaftlicher Prozess verstandenen Postpolitik-These, wie sie insbesondere von Mouffe (2010) und Žižek (2001) entwickelt wurde (vgl. Marchart, 2010). Nach dieser Vorstellung werden vormals der politischen Aushandlung und Willensbildung zugerechnete Entscheidungen nicht nur durch Verrechtlichung, sondern auch durch Konsensorientierung oder »the perceived inevitability of capitalism and a market economy« (Swyngedouw, 2010, S. 215) und damit Alternativlosigkeit vorstrukturiert. Als Indiz für Letzteres könnte etwa angesehen werden, dass der Baustadtrat im Interview eine Abwehr der Investoren-»Heuschrecke« als wirklichkeitsfernes oder zumindest waghalsiges »Fahren eines Sportwagens ohne Führerschein« auffasst, die Konsensorientierung könnte man einerseits – ausgerechnet – in der einhelligen Beteuerung aller Bezirkspolitiker*innen sehen, dass man die Kleingärten trotz ebenfalls durchaus berechtigter Forderungen nach zusätzlichem Wohnraum in innerstädtischen Lagen erhalten wolle. Andererseits wird dann aber auch die Ablehnung des Bürgervotums aufgrund der rechtlichen Bedenken und der spätere »Kompromiss« mit dem Entwickler nahezu einstimmig gefasst.

Jenseits der bildhaften Inszenierung der Wahlkampagne könnten die drei genannten Aspekte der Postpolitik – Verrechtlichung, Konsensorientierung und Alternativlosigkeit – jedoch auch auf den Protest der Kleingärtner*innen bezogen werden: Erstens zeigt sich die Verrechtlichung nicht nur in den in Kapitel 4.1 genannten verfahrensbezogenen Argumenten, sondern auch darin, dass durch die Notwendigkeit, auf die Protestierenden zu reagieren, durch Bezirk und Fraktionen eine Vielzahl von Gutachten und Gegengutachten erstellt wurden. Zweitens belegen die vielfältigen Bezüge auf offizielle Dokumente, dass den Protestierenden daran gelegen ist, mit ihrer Forderung nicht als außerhalb des gesellschaftlichen Konsens wahrgenommen zu werden. Und drittens steht auch die Forderung nach der Sicherung weitgehend »alternativlos« da, weil die Protestierenden andere Optionen wie etwa einen kurzzeitig diskutierten Flächentausch kaum in Erwägung ziehen. Insgesamt wird hierin deutlich, dass auch das von Haughton, Gilchrist & Swyngedouw (2015, S. 486) in den Kern der Postpolitik gerückte Sowohl-als-auch der Postpolitik auch im Protest auftaucht: eigene Härte und geforderte Fairness; Kritik an Verrechtlichung und eigene Klagen; Übernahme der »Heuschrecken«-Metapher des Baustadtrats und »Filz«-Vorwürfe.

Eine solche These eines postpolitischen Protests, die zum Beispiel auch Bude (2011, S. 3) für die Stuttgarter Proteste formulierte, zeigt jedoch vor allem, dass die an sich wichtige Beobachtung postpolitischer Tendenzen in der Gesellschaft anfällig für Fehler ist. Einerseits entsteht schnell ein Zirkelschluss: Ist die gesellschaftliche Struktur postpolitisch, erscheinen Proteste in diesem Rahmen letztlich

ebenfalls postpolitisch (vgl. Bertram, 2015; Bertram, 2019, S. 688). Andererseits offenbart der explizite Einschluss des Protests in den Postpolitik-Ansatz, dass solche Ausprägungen des Politischen hier bislang nicht hinreichend integriert sind (vgl. Mitchell et al., 2015, S. 2634). Denn wie nicht zuletzt die betrachteten Kampagnenbilder zeigen: Der Dissens, an dem das Politische manifest wird, besteht gerade zwischen Protestierenden und verfasster Kommunalpolitik, auch wenn beide für sich »alternativlos« wirken mögen. Die im Framing vorgenommene Verortung innerhalb des lokalgesellschaftlichen Konsenses ist vor allem als politische Strategie zur Erhöhung der Resonanz zu verstehen, wie in Kapitel 2.2 erläutert wurde (Snow & Benford, 1988). »Die Verrechtlichung wiederum kann auch als eine vertiefte Auseinandersetzung mit den rechtlichen Rahmenbindungen durch die Protest- und Planungsakteur*innen interpretiert werden.

Den bürgerschaftlichen Protest als postpolitisch zu bezeichnen blendet zudem die Machtfrage aus. Dies wird zunächst darin deutlich, dass die in der Postpolitik-Kritik als »konsensorientiert« bezeichnete Kommunalpolitik vor dem Protest eben nicht einen auf Ausgleich bedachten Konsens anstrebe, sondern den allenfalls als »Kompromiss« zu bezeichnenden Vorschlag, nur die Hälfte der Fläche zu bebauen und dafür die Baudichte zu erhöhen. Dass dieser »Kompromiss« jedoch nicht verhandelt, sondern vom Investor unterbreitet wurde (Interview mit dem Baustadtrat, 3.11.2016, vgl. Schmiemann, 2013), zeigte sich spätestens, als der Entwickler nach dem Ende des Protests schlechtere Bedingungen diktieren – weil der Investor den Verkaufspreis erhöht habe, nachdem das öffentlich stets bestrittene Risiko einer für ihn ungünstigen Rechtslage entfallen sei. Zwar wäre es nicht zutreffend, die Kleingärtner*innen als machtlos darzustellen, wurden doch von ihnen gemeinsam mit ihrem Landesverband rund 100.000 Euro zuzüglich ehrenamtlicher Leistungen in die Protestaktionen investiert – u.a. in die von einer professionellen Agentur entworfenen Bilder – und wurden dem Bezirk innerhalb des Verfahrens eine Million Euro für den Erwerb der Kolonie geboten. Trotz dieser erheblichen Ressourcen und dem daraus resultierenden »power to«, also der Macht gesellschaftlichen Wandel anzustoßen (Wrong, 1979), verfügen sie über sehr wenig »power over«, können nicht über die Handlungen anderer bestimmen und als Unterunterpächter ihrer Kolonie nicht einmal an Verhandlungen teilnehmen.

So vereinfachend, überzeichnet und dadurch für einen Großteil der Bürger*innen »alternativlos« die Alternativen, die sich auf den Wahlplakaten zum Bürgerentscheid präsentieren, auch sein mögen, ohne die Protestakteure und ihre Plakate gäbe es diese Auswahlmöglichkeit gar nicht. Selbstbewusst schreiben sie daher auch: »Das Bürgerentscheiden Wir« – oder in einer seltener verwendeten Variante in Ansprache des Elektorats: »Das Bürgerentscheiden Sie«.

Allerdings verzerrt dieses Framing die tatsächliche Macht der Bürger*innen innerhalb des so genannten Bürgerentscheids: Anders als der zeitgleiche Volksentscheid auf Landesebene ist der Bürgerentscheid nicht bindend, sondern kann –

und wird – von der Bezirksverordnetenversammlung übergangen werden. Wollte man die Postpolitik-These erneut bemühen, so würde sich hierin zeigen, dass der Protest zwar nicht selber postpolitisch ist, aber auch nicht aus dem postpolitischen Rahmen von Verrechtlichung, Konsensorientierung und Alternativlosigkeit ausbrechen kann, in dem auch Beteiligungsprozesse stattfinden, die nur marginale Entscheidungen zulassen. »Consensus building through participation is, in this view, a form of conscription« (Mitchell et al., 2015, S. 2635).

5. Fazit: Bilder, Frames und Medien

Die vorangegangenen Überlegungen zeigen exemplarisch die Bildproduktion und -konstruktion im strategischen Framing politischer Protestakteur*innen, die sich von der Selektion und Inszenierung massenmedialer Berichterstattung über Protestereignisse unterscheidet. Die Bilder werden zudem durch das Teilen, Kommentieren und Ergänzen in sozialen Medien beständig reproduziert sowie durch den jeweiligen Kontext analoger Reproduktion jeweils spezifisch rekonstruiert und damit verändert. Somit wird die Bildsprache mehrstimmiger – und bestenfalls auch demokratischer.

Das Bildhafte weist dabei im Framing besondere Eigenschaften auf: Durch die im Internetzeitalter hohe Verfügbarkeit von Bildern und die Möglichkeiten der digitalen Bearbeitung ist es recht einfach möglich, Bilder passgenau auszuwählen und zu rahmen. Durch soziale und digitale Medien, aber auch die Kostenreduktion im Druck können Bilder zudem direkt und weit verbreitet werden, ohne dass eine Überlagerung durch Auswahl und Zuschnitt bzw. Framing der massenmedialen Reproduktion erfolgen muss (Hocke, 2002; McCarthy & McPhail, 1996).

Dadurch, dass Bilder in der Regel mit der gewählten Bedeutung, die sie ausdrücken sollen, nicht identisch sind, sondern eine Analogie darstellen, weisen sie eine besondere Fähigkeit auf, Informationen unabhängig von der auf sozialen Konventionen beruhenden Wortsprache zu übermitteln (vgl. Reese, Gandy & Grant, 2001, S. 216) – ein Vorteil auch in der Kommunikation über umstrittene Themen innerhalb einer Gesellschaft. Zugleich können Vielschichtigkeit, Emotionen und insbesondere subtile, ggf. »unsagbare« Aussagen besser transportiert werden (Burgoon, Buller & Woodall, 1996): Während das verbale Framing die bedrohten Kleingärten mied, um nicht als »NIMBY«-Protest missverstanden zu werden, wurde mit visuellen Mitteln zumindest eine verallgemeinerte und überhöhte Naturdarstellung ins Zentrum gerückt. Damit eignen sie sich auch besonders für das strategische Framing von Protest, wenngleich das Berliner Beispiel auch die Grenzen der non-verbalen Kommunikation zeigt, wird die Bild- doch stets durch Wortsprache ergänzt.

Bilder, ihre zunehmend niederschwellige und damit für eigenständige bürger-schaftliche Partizipation zugängige Verwendung in sozialen und sonstigen (Ei-gen-)Medien bietet damit eine besondere Chance für »a many-voiced, open text that can and often is read oppositionally« (Gamson, Croteau, Hoynes & Sassen, 1992, S. 373) – wohlwissend, dass es andere Beispiele gibt, in denen ihre Demokratisierungswirkung zumindest fraglich ist.

Wie kontextabhängig und zugleich flexibel Bilder im Framing verwendet werden, zeigt ein letztes Bild (Bild 3), entstanden fast ein Jahr nachdem der gewonnene Bürgerentscheid den Verlust der Kleingärten nicht aufhalten konnte und es zu einer Räumung der Fläche kam. Magnolien und Beton sind weiterhin da, ebenso wie – dem »Kompromiss« entsprechend – der größere Teil der Kolonie. Verschwunden ist hingegen die Frage »Bäume oder Beton« und damit zugleich das Politische der Alternative. Es wurde überklebt durch schwarzen Trauerflor und den Hinweis »Bürgerentscheid wird weggebaggert« – während Magnolien und Bestandsgarten bildhaft das materiell »Weggebaggerte« zeigen bzw. symbolisieren, wird verbal nun auf das Immaterielle Bezug genommen. Fast schon trotzig geblieben ist auch der Verweis, dass »wir« das »bürgerentscheiden« – nun ergänzt um das Datum der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung.

Bild 3: »Bürgerentscheid wird weggebaggert« (eigenes Foto)



Literaturverzeichnis

- Bertram, G. F. (2015). Postdemokratischer Protest? Anlässe und Trägerschaft städtischer Proteste. In U. Bitzegeio, J. Mittag & L. Winterberg (Hg.), *Der politische Mensch* (S. 75-110). Bonn: Dietz.
- Bertram, G. F. (2019). »Aber nicht so!«. Theorie und Praxis, Ansprüche und Wirklichkeiten bürgerschaftlichen Planungsprotests in Berlin 2005 bis 2015. Kassel: Universitätsbibliothek Kassel.
- Bertram, G. F. & Altrock, U. (2018). Kampf um die Städte? Protest in der lokalen Demokratie. In J. Kemper (Hg.), *Stadt und Gesellschaft. Online-Dossier*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. Zugriff am 13.08.2019 von <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216886/protestpartizipation-in-der-lokalen-demokratie>
- Bertram, G. F. & Altrock, U. (2019). Auf dem Weg zur Normalität. Planungsbezogener Protest und planerische Reaktionen. Raumforschung und Raumordnung. Online-Vorabveröffentlichung, Zugriff am 12.12.2020 von <https://doi.org/10.2478/rara-2019-0059>
- Bude, H. (2011). Stuttgart 21 – reflexiv. *Mittelweg* 36, (3), 3-4.
- Burgoon, J. K., Buller, D. B. & Woodall, W. G. (1996). *Nonverbal Communication. The unspoken dialogue*. New York: McGraw-Hill.
- Castells, M. (1983). *The city and the grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements*. London: E. Arnold.
- Coleman, R. (2010). *Framing the Pictures in Our Heads. Exploring the Framing and Agenda-Setting Effects of Visual Images*. In P. D'Angelo & J. A. Kuypers (Hg.), *Doing News Framing Analysis* (S. 233-262). New York: Routledge.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Towards Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51-58.
- Fainstein, S. S. & Fainstein, N. I. (1985). Economic Restructuring and the Rise of Urban Social Movements. *Urban Affairs Review*, 21(2), 187-206.
- Gamson, W. A. (1990 [1975]). *The strategy of social protest* (2.). Belmont: Wadsworth.
- Gamson, W. A., Croteau, D., Hoynes, W. & Sasson, T. (1992). Media Images and the Social Construction of Reality. *Annual Review of Sociology*, 18(1), 373-393.
- Geise, S., Lobinger, K. & Brantner, C. (2013). *Fractured Paradigm? Theorien, Konzepte und Methoden der visuellen Framingforschung*. In S. Geise & K. Lobinger (Hg.), *Visual Framing* (S. 42-76). Köln: Herbert von Halen.
- Goffman, E. (1974). *Frame analysis. An essay on the organization of experience*. Boston: Harvard University Press.
- Goodwin, J. & Jasper, J. M. (Hg.). (2003). *The social movements reader. Cases and concepts*. Malden: Blackwell Publishing Ltd.

- Goodwin, J., Jasper, J. M. & Polletta, F. (2005). Emotional Dimension of Social Movements. In D. A. Snow, S. A. Soule & H. Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 413-432). Oxford: Blackwell.
- Guggenberger, B. (2009). Bürgerinitiativen. In U. Andersen & W. Woyke (Hg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 39-45). Wiesbaden: VS Verlag.
- Haimann, R. (2013, 3. Februar). Aufstand der Gartenzwerge. *Die Welt*.
- Hajer, M. (2003a). A frame in the fields: policymaking and the reinvention of politics. *Deliberative policy analysis: Understanding governance in the network society*, 88-110.
- Hajer, M. (2003b). Policy without polity? Policy analysis and the institutional void. *Policy Sciences*, 36(2), 175-195.
- Hall, S. (1982). The rediscovery of «ideology». Return of the repressed in media studies. In M. Gurevitch, T. Bennet, J. Curran & J. Woollacott (Hg.), *Culture, society and the media* (S. 56-90). London: Methuen.
- Hall, P. (2010). Zur Revitalisierung der Städte in Großbritannien. Veränderung der Politiken und privat-öffentlichen Kooperationsstrukturen. In I. Lübke (Hg.), *Kooperative Stadtentwicklung durch kooperative Planung. (Schriften des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel*, Bd. 1, S. 99-130). Berlin: Reimer.
- Haughton, G., Gilchrist, A. & Swyngedouw, E. (2015). »Rise Like Lions After Slumber«. Dissent, Protest and (Post-)Politics in Manchester. *Territory, Politics, Governance*, 4(4), 472-491.
- Herkenrath, M. (Hg.). (2011). *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hocke, P. (2002). Massenmedien und lokaler Protest. Eine empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bezugshochburg. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Huntington, H. E. (2013). Subversive Memes: Internet Memes as a Form of Visual Rhetoric. *Selected Papers of Internet Research*, 3.
- Kwartler, M. & Longo, G. (2008). Visioning and visualization. People, pixels, and plans. Cambridge, Mass.: Lincoln Institute of Land Policy.
- Lake, R. W. (1993). Rethinking NIMBY. *Journal of the American Planning Association*, 59(1), 87.
- Lindner, W. (1996). Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn. Opladen: Leske & Budrich.
- Marchart, O. (2010). Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben (*Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft*, Bd. 1956). Berlin: Suhrkamp.
- McCarthy, J. D. & McPhail, C. (1996). Images of Protest: Dimensions of Selection Bias in Media Coverage of Washington Demonstrations, 1982 and 1991. *American Sociological Review*, 61(3), 478-499.

- Miller, D., Costa, E., Haynes, N., McDonald, T., Niolescu, R., Sinanan, J. et al. (2016). How the world changed social media (Why we post). London: UCL Press.
- Mitchell, D., Attoh, K. & Staeheli, L. (2015). Whose city? What politics? Contentious and non-contentious spaces on Colorado's Front Range. *Urban studies*, 52(14), 2633-2648.
- Mouffe, C. (2010). Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Reese, S. D., Gandy, O. H. & Grant, A. E. (2001). *Framing Public Life: Perspectives on Media and Our Understanding of the Social World*. New York: Taylor & Francis.
- Roskamm, N. (2013). 4,000,000 m² of public space. The Berlin »Tempelhofer Feld« and a short walk with Lefebvre and Laclau. In A. Madanipour, S. Knierbein, A. Degros (Hg.), *Public space and the challenge of urban transformation in Europe* (S. 63-77), New York: Routledge.
- Rucht, D. (2001). Protest und Protestereignisanalyse. Einleitende Bemerkungen. In D. Rucht (Hg.), *Protest in der Bundesrepublik*. (S. 7-25). Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.
- Sieber, U. & Rose, M. D. (2001). Der Baulöwe, der Filz und die Stadt. Berlin: SFB.
- Snow, D. A. & Benford, R. D. (1988). Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In B. Klandermans, H. Kriesi & S. G. Tarrow (Hg.), *From Structure to Action (International Social Movement Research*, vol. 2, S. 197-217). Greenwich: JAI Press.
- Snow, D. A., Rochford, J. R. B., Worden, S. K. & Benford, R. D. (1986). Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. *American Sociological Review*, 51, 464-581.
- Swyngedouw, E. (2010). Apocalypse Forever? *Theory, Culture & Society*, 27(2-3), 213-232.
- Tarrow, S. G. (2011). Power in movement. Social movements and contentious politics (3. Aufl.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Vowe, G. (2008). Politics, Policy, Polity. In L. L. Kaid & C. Holtz-Bacha (Hg.), *Encyclopedia of political communication*. Los Angeles: Sage Publ.
- Wehling, E. (2016). Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet und daraus Politik macht (Edition medienpraxis, Bd. 14). Köln: Halem Verlag.
- Wrong, D. (1979). Power. Its forms, bases and uses. Oxford: Basil Blackwoods.
- Yin, R. K. (2009). Case study research. Design and methods (4. Aufl.). Los Angeles: Sage Publications.
- Žižek, S. (2001). Die Tücke des Subjekts. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Web- und Zeitungsartikelverzeichnis

- Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V. (Hg.) (o.J.). Homepage.
Zugriff am 06.06.2017 von www.oeynhausen-retten.de/
- Haimann, R. (2013, 3. Februar). Aufstand der Gartenzwerge. In Die Welt.
- Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V. (Hg.) (o.J.). Homepage. Zugriff am 06.06.2017 von www.baume-oder-beton.de/
- Matthies, B. (2014). Berlin ist keine Laubengartenkolonie. Beim Streit um Bauflächen müssen Einzelinteressen zurückstehen. In Der Tagesspiegel, 25.5.2014, S. 6.
- N.N. (2012). Kleingärtner in Angst. Kolonie Oeynhausen: Grünen [sic!] Paradies weiterhin bedroht. In Berliner Abendblatt, 9.6.2012.
- Schmiemann, B. (2013). Kompromiss für Kleingartenkolonie droht zu scheitern. In Berliner Morgenpost, 4.2.2013, S. 11.

Bildverzeichnis

- Bild 1: »Bäume oder Beton« – Plakat zum Bürgerentscheid Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., o.J., (© WAF.berlin)
- Bild 2a: »Kräuter oder Kräne?« – Plakat zum Bürgerentscheid Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., o.J., (© WAF.berlin)
- Bild 2b »Raupen oder Raupen?« – Plakat zum Bürgerentscheid Kleingärtnerverein Oeynhausen e.V. & Bürgerinitiative Schmargendorf braucht Oeynhausen e.V., o.J., (© WAF.berlin)
- Bild 3: »Bürgerentscheid wird weggebaggert« (Foto des Autors)